

Der Bürgermeister



Hilden

Auszug aus der Niederschrift

Beschlussvorlage öffentlich		SV-Nr.: WP 04-09 SV 01/095
Betreff:	Betr.: Vereinbarung über den Personalaustausch zwischen der Provinzregierung Guizhou/VR China und der Stadt Hilden im Bereich öffentlicher Verwaltung und lokaler Wirtschaft	

12.12.2007 Rat der Stadt Hilden

TOP 16

Rm. Urban/CDU verwies zunächst darauf, dass entgegen dem Beschluss des Rates vom 19.9 die dem Personalaustausch zu Grunde liegende Vereinbarung der Sitzungsvorlage nicht beigelegt wurde. Darüber hinaus sei auch beschlossen worden, dass der Bürgermeister gelegentlich des Aufenthaltes in China den dortigen Repräsentanten die generell kritische Haltung des Rates zu diesem Personalaustausch mitgeteilt werde. Auch hierüber sei keine Aussage in der Vorlage zu finden. Insgesamt betrachtet sehe die CDU-Fraktion auch nicht, in welchem Bereich eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zu beiderseitigem Nutzen möglich wäre. Ihre Fraktion sei vielmehr zu der Überzeugung gelangt, dass diese Partnerschaft eine Nummer zu groß für Hilden wäre und durch eine Fortführung des Austausches nicht noch mehr Arbeitskapazität gebunden werden sollte, die an anderer Stelle dringender benötigt werde.

Auch Rm. Horzella/dUH bemängelte, dass der Beschluss des Rates vom 19. September nicht ausgeführt wurde und betonte nochmals, dass das eigenmächtige Verhalten des Bürgermeisters nicht in Ordnung wäre.

Auch die Vertreter der Fraktionen BA und Bündnis90/Die Grünen kritisierten, dass die SV zwar viele Informationen über Land und Leute enthalte, nicht aber Informationen über die Erfüllung des Ratsbeschlusses. Auch ihrer Auffassung nach überfordere diese Partnerschaft die finanziellen und personellen Ressourcen der Verwaltung, zumindest aber stünde sie in keinem Verhältnis zu dem Nutzen für die Stadt.

Bürgermeister Scheib verwies zunächst darauf, dass die der SV beigelegten Berichte von den Teilnehmern der Delegation selber gefertigt wurden und er diese auch bewusst nicht „zensierte“. Auch wenn dies aus der SV nicht deutlich hervorgehe, habe er sehr wohl den Repräsentanten in China die grundsätzliche kritische Haltung des Rates der Stadt Hilden mitgeteilt und auch die Problematik der Menschenrechte vor Ort angesprochen. Hinsichtlich des Vertrages verwies er darauf, dass dieser dem Rat bereits seit dem 26. Januar 2005 vorliege und er das nochmalige Beifügen daher für entbehrlich gehalten habe. Entgegen der Auffassung der CDU-Fraktion sehe er durchaus Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Provinz Ghuizou verfügt über viele ungehobene Bodenschätze und er habe ausdrücklich den Wunsch vermittelt bekommen, nach

Partnern zu suchen und Experten zu vermitteln. Entsprechend habe er bereits vielversprechende Gespräche mit den Firmen Kox und Nilos geführt. Zum Thema Wertevermittlung möge man anerkennen, dass solche Dinge nicht in drei Monaten messbar seien, sondern langfristig gesehen werden müsse. Abschließend verwies er auf ein in dieser Woche geführtes Gespräch mit der Entwicklungsgesellschaft Inwent, die großen Wert darauf legen, dass das Projekt fortgeführt werde und auch eine Finanzierung im bisherigen Rahmen zugleich zusicherten.

Insbesondere zum Thema Menschenrechte erinnerte Rm. Alkenings /SPD daran, dass eine solche Diskussion schon geführt wurde als es vor vielen Jahren um die Aufnahme einer Partnerschaft mit einer Stadt in der früheren DDR ging. Wie in diesem Fall sei es wichtig, dass die Menschen sehen, wie Meinungsfreiheit wirke und sie so Anschauungsunterricht in Demokratie bekämen. Erfolge können sich selbstverständlich nicht innerhalb so kurzer Zeit zeigen.

Mit 17 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion), 3 Enthaltungen (Fraktion Bündnis90/Die Grünen) und 24 Nein-Stimmen (übrige Fraktionen) lehnte der Rat nach einer weiteren kontroversen Diskussion folgenden Beschlussvorschlag ab:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt, die im Jahr 2003 geschlossene Vereinbarung über den Personalaustausch in den Bereichen Verwaltung und Wirtschaft zwischen der Provinzregierung Guizhou/Volksrepublik China und der Stadt Hilden/Deutschland um weitere zwei Jahre zu verlängern. Dies unter der Voraussetzung, dass sich die Weiterbildungs- und Entwicklungsgesellschaft gGmbH Bonn weiter an der Finanzierung beteiligt.

Über einen Gegenbesuch von Hildener Verwaltungsangehörigen wird der Rat auf der Basis einer vorzulegenden Kostenaufstellung gesondert entscheiden.

Die aus den Fachgesprächen in China resultierenden Ergebnisse sollen nach der Sitzung des Rates aufbereitet und in entsprechenden Projektvorschlägen konkretisiert werden. Über die Ergebnisse wird der Rat unterrichtet.“